

# Aachen vor der Wahl

*Aktuelle gesundheitspolitische Fragen waren das Thema einer Podiumsdiskussion der Kreisstelle Stadtkreis Aachen der Ärztekammer Nordrhein mit Politikern der im Bundestag vertretenen Fraktionen.*

von **Horst Schumacher**

„**M**it Gesundheitspolitik kann man keine Wahlen gewinnen, die großen Parteien beschäftigen sich wenig damit“, sagte Dr. Ivo G. Grebe, Vorsitzender der Kreisstelle Stadtkreis Aachen der Ärztekammer Nordrhein, in seiner Begrüßung. Wenig später widersprach ihm einer seiner politischen Gäste: „Das ist eine falsche Einschätzung“, meinte Ulla Schmidt (SPD), Bundesgesundheitsministerin von Januar 2001 bis Oktober 2009 und heute Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, „ob in kommunalpolitischen, landespolitischen oder bundespolitischen Diskussionen, die Probleme brennen hautnah: Ist morgen noch ein Arzt da, ist morgen noch ein Krankenhaus da, ist der Zugang zu Arzneimitteln gewährleistet?“

„Gesundheitspolitik 2017 – Aachen vor der Wahl“ lautete die Überschrift der Podiumsdiskussion, zu der Grebe kürzlich ins „forum M“ in der Aachener Altstadt eingeladen hatte. Neben Schmidt debattierte der rheinische Ärztekammerpräsident Rudolf Henke, stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Gesundheit. Bei der Bundestagswahl am 24. September strebt er an, zum dritten Mal in Folge im Wettbewerb mit der sozialdemokratischen Bundesgesundheitsministerin a. D. den Wahlkreis Aachen I für die CDU zu holen. Für Bündnis 90/Die Grünen war deren gesundheitspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, Maria Klein-Schmeink, aus Münster nach Aachen gereist. Die Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft „Gesundheit und Soziales“ der Partei Die Linke, Helga Ebel, hatte wie Henke und Schmidt in Aachen ein Heimspiel.

Angesichts des drohenden Fachkräftemangels im Gesundheitswesen betonte Rudolf Henke die Notwendigkeit der Kooperation unter den Gesundheitsberufen: „Niemand braucht Angst zu haben, dass der eine Beruf dem anderen etwas wegnimmt. In zehn oder 15 Jahren werden wir froh sein, dass

überhaupt jemand für die Versorgung zur Verfügung steht.“ Nach Henkes Worten werden „1000 + x“ Medizinstudienplätze zusätzlich benötigt. „Doch die Wissenschaftsminister scheuen den finanziellen Aufwand.“

Henke bedauerte, dass es in der laufenden Legislaturperiode nicht gelungen ist, den Stau bei der Krankenhaus-Investitionsfinanzierung aufzulösen. Bei einer Beteiligung des Bundes werde dieser allerdings mehr Einfluss auf die Planungsentscheidungen verlangen bei fraglicher Nähe zum Versorgungsgeschehen. Auch eine Beteiligung der Krankenkassen sieht Henke als problematisch an: „Ich glaube, dass das nicht geht, weil die Krankenkassen ein finanzielles Interesse an restriktiver Planung haben.“ Letztlich müssen die Bundesländer nach Henkes Überzeugung die Planungshoheit behalten.

## Brückenschlag für Pilotprojekte

Nach Auffassung von Ulla Schmidt ist das derzeitige System zu stark auf die Akutbehandlung fokussiert. Dabei bringe die Zunahme chronischer Erkrankungen und mehrfach erkrankter alter Menschen einen erhöhten Betreuungsbedarf neben der Medizin mit sich. Ganz wesentlich für die Frage einer guten Versorgung sei die „Netzwerkbildung vor Ort“ – unter Beteiligung der Hausärzte, der Fachärzte, der Krankenhäuser und weiterer Akteure. Zur Krankenhausfinanzierung hat Schmidt eine klare Auffassung, sie ist für

die sogenannte Monistik: „Wir brauchen zu jeder Fallpauschale eine Investitionspauschale“, sagt sie, „ungefähr 25 Prozent der Betriebskosten müssen Investitionen sein.“

Die heutigen Probleme ähnelten denen zu Beginn der Amtszeit von Ulla Schmidt im Jahr 2001, sagt Maria Klein-Schmeink von Bündnis 90/Die Grünen: Die demographische Entwicklung bringe immer komplexere Behandlungs- und Unterstützungsbedarfe mit sich. Das System müsse sich besser auf chronisch Kranke, psychisch Kranke und Demenzzranke einstellen. Die Finanzierung der Krankenhäuser sei unzureichend, und die strikte Trennung der Budgets führe zu einer schlechten Synchronisierung von Leistungen und Behandlungswegen.

„Der Druck muss heraus aus dem Krankenhaus“, forderte Helga Ebel für die Partei Die Linke, „dieser Wettbewerb unter den Krankenhäusern ist ein Unglück, schließlich handelt es sich um Daseinsvorsorge.“ Der Bund soll ihrer Meinung nach dem Investitionsstau entgegenreten und 2,5 Milliarden Euro jährlich beisteuern. Kämen 2,5 Milliarden Euro Aufstockung aus den Ländern hinzu, wäre das Problem nach Ebels Rechnung innerhalb von zehn Jahren gelöst.

Zum Schluss der Diskussion wunderte sich Dr. G. Ivo Grebe, dass „große Unterschiede zwischen den Parteien gar nicht so herausgekommen sind“. In der Tat blitzten kontroverse Positionen nur kurz beim Thema der sogenannten Bürgerversicherung auf. Ob es an der Sachkunde der Diskutanten lag oder am schwülen Wetter – das „forum M“ sah eher einen Bildungsabend als eine Politshow. **RA**



Die Podiumsteilnehmer der gesundheitspolitischen Diskussion in Aachen (v.l.n.r.): Helga Ebel, Dr. Anita Harst, Dr. Ivo G. Grebe, Ulla Schmidt, Rudolf Henke, Maria Klein-Schmeink.

Foto: Prisma Color, Axel Goeke